Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

439 (23.9.1918) Mittagblatt

Visual Library

Nr. 439 — Karlsruhe, Montag, den 23. September 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 Pf.

Fernsprecher Nr. 528

Badischer Beobachter

Mittagblatt

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, je mit 30% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Aufträge vermitteln alle Ann.-Expeditionen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. 1/8 Uhr, bzw. nachm. 1/3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Zur Friedensnote.

Der Diktator des Westens.

Die Reichspost schreibt: Herr Wilson fragt niemanden, kein Parlament, keinen Parlamentsausschuß, keine Regierung — sondern er verkündet mit der Selbstherrlichkeit eines absolutistischen Potentaten: Es gibt keinen Frieden, keine Verhandlungen in einer vorbereitenden Konferenz, es muß weiter Blut vergossen werden, ich will es!

Nach der berühmten demokratischen Verfassung Amerikas braucht Präsident Wilson die Völker der Union und ihre gewählten Vertreter nicht zu fragen. Das ist Sache Amerikas. Aber Wilson spricht und handelt auch im Namen großer europäischer Staaten; es ist nicht das Volk Italiens, nicht das Volk Frankreichs, nicht das Volk Englands gefragt worden, als Wilson seine Absage gegen die Konferenzeinladung Oesterreich-Ungarns erließ, kein Parlament, nicht einmal eine Regierung der europäischen Verbandsmächte konnte mitsprechen, als Wilson die Ablehnung des Konferenzvorschlags erklärte; auch im Namen der europäischen Nationen handelt Wilson und ihm tut es dabei nicht weh, daß die Blutopfer dieser Völker schon zum Himmel schreien. Der Ablehnungsakt Wilsons ist der ungeheuerlichste Absolutismus, den die Welt noch gesehen hat, über das Schicksal von hunderten Millionen, über Fortsetzung oder Ende der schwersten Heimsuchung großer Nationen entscheidet ein einziger Mann, der wohlgeborgen drüben über dem großen Wasser sitzt, umgeben von einer Schutzgarde kriegsverdienender Milliardäre und Trustleute, die an dieser Katastrophe der Menschheit sich bereichert haben. Mag Wilson formell auch nur im Namen der Vereinigten Staaten gesprochen haben — tatsächlich ist seine Entscheidung eine Vorschrift für den ganzen Verband; Wilson fühlt sich heute als der große Unentbehrliche der europäischen Westmächte; seine armen Klienten sollen parieren oder auf seine Hilfe verzichten. Wann ist je die Demokratie des zwanzigsten Jahrhunderts so schamlos mißhandelt worden?

—)*(—

Der Völkerbund der Weg zum Frieden.

Berlin, 21. Sept. (W.T.B.) Die Vossische Ztg. veröffentlicht das Schlußkapitel aus der demnächst erscheinenden Schrift des Reichstagsabgeordneten Erzberger, die den Titel führen wird: „Der Völkerbund, der Weg zum Frieden". Der Verfasser bezeichnet die Schrift selber als Verfassungsentwurf des Völkerbundes, der kritisiert werden und gegebenenfalls zu praktischen Vorschlägen führen solle. Der Entwurf enthält folgende Leitsätze:

Der Völkerbund ist ein ewiger Bund zur friedlichen Erledigung aller zwischen den Staaten entstehenden Streitfragen und zur gemeinsamen Pflege des Rechtes und der Wohlfahrt der Völker. Jeder souveräne Staat kann auf Grund eines Beschlusses seiner gesetzgebenden Körperschaft dem Völkerbund beitreten. Der Bund gilt als zustande gekommen, wenn sich unter den Mächten, die ihren Beitritt erklären, folgende befinden: Deutsches Reich, England, Frankreich, die Vereinigten Staaten Nordamerikas und Rußland. Der Sitz des Völkerbundes ist im Haag, wo ein internationales Büro seine Geschäfte führt, das von einem ständigen Verwaltungsrat geleitet und beaufsichtigt wird. Die Kosten des Büros werden von den Bundstaaten durch Beiträge im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl aufgebracht. Der Völkerbund gewährleistet den territorialen Besitz eines jeden Bundstaates sowie den ungestörten Besitz der Kolonien der Bundstaaten. Jeder Bundstaat ist in seinen innerpolitischen Angelegenheiten völlig unabhängig, in seinen außenpolitischen Angelegenheiten im Rahmen der Verfassung des Völkerbundes. Die im Völkerbund zusammengeschlossenen Staaten verpflichten sich, alle zwischen zwei oder mehreren von ihnen entstehenden Streitigkeiten, die nicht auf diplomatischem Wege oder durch die guten Dienste oder die Vermittlung einer befreundeten Macht oder mehrerer befreundeten Mächte haben erledigt werden können, einem für einen besonderen Fall zu bildenden Schiedsgericht zu unterbreiten und sich dessen Spruch zu unterwerfen.

Alle Machtmittel des Völkerbundes werden gegen denjenigen Bundstaat oder außerhalb des Völkerbundes befindlichen Staat angewandt, der einen Bundstaat mit bewaffneter Hand überfällt oder ohne Schiedsgericht angerufen oder dessen Urteil abgewartet zu haben, zu den Waffen greift.

Ueber die „Abrüstung" heißt es in dem Entwurf: Die im Völkerbund zusammengeschlossenen Staaten verpflichten sich gegenseitig, ihre Streitkräfte zu Lande, Wasser und in der Luft nach einem Schlüssel, dessen Aufstellung einem besonderen Abkommen vorbehalten bleibt, herabzusetzen, stetig zu vermindern und nicht ohne Vereinbarung mit dem Völkerbund wieder zu vermehren. Sie verpflichten sich weiter, ihre Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu keinen anderen Zwecken als zu denen der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, der Verteidigung gegen einen Angriff auf ihr Territorium und der gemeinsamen Exekutive des Völkerbundes zu gebrauchen. Die Bundstaaten, so heißt es im fünften Kapitel, gewähren sich gegenseitige wirtschaftliche Gleichberechtigung in allen Gebieten, die ihrer Hoheit unterstehen. Sie verpflichten sich, den gegenseitigen Durchgangsverkehr durch ihre Länder durch keinerlei Durchfuhrverbot zu hemmen und freie Durchfuhr zu gestatten.

Ueber die Kolonien wird in dem Entwurf gesagt: Die Bundmächte führen ihr koloniales Werk im Geiste christlicher Kultur und lassen sich Schutz und sittliche und wirtschaftliche Erziehung der Eingeborenen angelegen sein. Sie verzichten auf die Aushebung von Truppen in ihren Kolonialgebieten.

Gegen den Bundstaat, der die Verfassung verletzt, soll mit folgenden Mitteln vorgegangen werden: Abbruch der diplomatischen Beziehungen aller Bundstaaten gegenüber den friedebrechenden Staaten und völlige und restlose Abschließung der friedebrechenden Staaten durch die Absperrung der Grenzen zwischen ihnen und den Bundstaaten, gegebenenfalls durch Verhängung der Blockade.

Deutsche Heeresberichte.

Eine schwere Niederlage der Engländer bei Cambrai.

Berlin, 21. Sept., abends. (W.T.B. Amtlich.) Vor unserer Siegfriedfront zwischen dem Walde von Gouzeaucourt und Hardicourt sind große einheitliche Angriffe der Engländer unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert.

Großes Hauptquartier, 22. September. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Westlich von Fleurbaix und südlich von Havrincourt wurden englische Teilangriffe, nördlich der Scarpe starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Eigene Unternehmungen bei Moeuvres brachten 45 Gefangene ein.

Heeresgruppe Generaloberst v. Boehn.

Nach den vergeblichen Teilangriffen der beiden letzten Tage holte der Engländer gestern wieder zu großem einheitlichem Angriffe aus. Sein Ziel war der Durchbruch südlich von Cambrai. Unter dem Schutz einer dichten Feuerwalze trat die englische Infanterie, von Panzerwagen und Fliegern begleitet, zwischen dem Walde von Gouzeaucourt und Hargicourt am frühen Morgen zum Angriffe an. Wir hatten in Erwartung des feindlichen Angriffs in der Nacht vom 19. zum 20. die Verteidigung von dem freien Gelände östlich von Epehy in die alten englischen Stellungen zwischen Villers Guislain und Bellicourt verlegt. Als der zum Angriff tief gegliederte Feind die Höhen hinab gegen unsere Linien anstürmte, empfing ihn das vorbereitete Abwehrfeuer unserer Artillerie, Infanterie und Maschinengewehre. Der Angriff lieb vor unseren Linien liegen. Nach stärkster Feuervorbereitung setzte der Feind zu erneuten Angriffen an. Auch dieser zweite Angriff scheiterte völlig. In den Südwestteil von Villers Guislain und in das Gehöft Quennemont drang der Feind vorübergehend ein. Hier warf ihn sofort unser Gegenangriff wieder zurück. Am Abend und während der Nacht folgten stärkstem Artilleriefeuer nochmals heftige Angriffe, die abgewiesen wurden.

Der gestrige Kampftag war in dem schweren Ringen an der Westfront ein besonders erfolgreicher Tag. Deutsche Jäger- und Kavallerie-Schützenregimenter, ost- und westpreußische, posensche, niederschlesische, westfälische, rheinische und bayerische Regimenter und Gardetruppen haben dem Engländer gestern eine schwere Niederlage zugefügt. An seiner ganzen Angriffsfront hat er schwerste Verluste erlitten. Unserer Artillerie fällt ein Hauptteil an dem vollen Erfolge zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Ailette und Aisne blieb die Artillerietätigkeit tagsüber in mäßigen Grenzen. Sie lebte am Abend in Verbindung mit heftigen Teilkämpfen östlich von Vauxaillon, am Gehöft Vaurgins und nordwestlich von Vailly auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 22. Sept., abends. (W.T.B. Amtlich.) Von den Kampffronten nichts Neues.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei den k. und k. Truppen keine besonderen Ereignisse.

Albanien:

An der Küste wurden abermals italienische Angriffe abgeschlagen.

Der Chef des Generalstabs.

Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 22. Sept. (W.T.B.) Generalstabsbericht vom 20. September. Mazedonische Front: Nördlich von Bitolia und im Cernabogen zerstreuten unsere Einheiten durch Feuer mehrere feindliche Abteilungen, welche nach Artillerievorbereitung gegen unsere Stellungen vorzurücken versuchten. In der Gegend von Morihovo wurden heftige feindliche Angriffe abgewiesen. Unsere Einheiten machten serbische und französische Gefangene. Oestlich der Cerna dauern die erbitterten Kämpfe an. Unsere Front wurde mehr nach Norden verlegt. Südlich von Gewgheli suchten englische Bataillone sich unseren Gräben zu nähern; sie wurden blutig abgewiesen. Bei Doiran erneuerte der Feind nach seiner Niederlage in den letzten Tagen seine Angriffe heute nicht. Im Laufe des Tages wurden drei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

—)*(—

Der Krieg zur See.

Angespülte Minen.

Kopenhagen, 20. Sept. (W.T.B.) Wie Berlingske Tidende meldet, sind in den letzten Tagen zahlreiche Minen an der jütländischen Westküste angespült worden. Allein auf der kurzen Strecke zwischen Haustholm und Klittmaller liegen 20 Minen. Die angetriebenen Minen werden nun zur Explosion gebracht.

Ein dänisch-amerikanisches Handels- und Schiffahrtsabkommen.

Washington, 20. Sept. (W.T.B.) Reuter. Zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark ist ein Handels- und Schiffahrtsabkommen abgeschlossen worden. Es ist von derselben Art wie das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Schweden und Norwegen. Nach dem Abkommen wird Dänemark jährlich 852 000 Tonnen Lebensmittel und andere Bedarfsartikel bekommen. Dänemark stellt dafür den Vereinigten Staaten und den Alliierten Schiffsraum zur Verfügung. Von den Waren, die gemäß diesem Abkommen eingeführt werden, darf nichts direkt oder indirekt nach den Mittelmächten ausgeführt werden.

*

Rotterdam, 21. Sept. (W.T.B.) Der Maasbode meldet: Der norwegische Dampfer „Cyler" (533 B.R.T.) ist vermutlich in der Nacht vom 9. September gesunken. — Der Segler „Kurier" ist gesunken.

Paris, 21. Sept. (W.T.B.) Der Dampfer „Admiral Charnier" wurde auf dem Wege von Biserta nach Malta mit 174 Mann an Bord und einer Ladung Pferde und Material am 13. Sept. torpediert. Bis auf 6 Personen wurden alle gerettet.

—)*(—

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Die Bosheit lügt wider sich selber.

Berlin, 18. Sept. (W.T.B.) Um zu beweisen, mit welcher Eile der deutsche Rückzug aus dem St. Mihiel-Bogen vor sich ging, berichtet der Funkspruch Lyon vom 16. September, daß es den Deutschen nicht gelungen sei, die von ihnen beabsichtigte Zurückführung der Bevölkerung, vor allem der jungen Leute, durchzuführen. Lyon funkt, daß ein Teil in St. Mihiel zurückblieb, wo er die siegreichen französischen Truppen mit Freuden begrüßte, und daß die übrigen in Wäldern und Schluchten gefunden wurden, wo ihre Wächter sie bei der eiligen Flucht im Stiche gelassen hätten. Nachdem Lyon schon den fluchtartigen Abzug der Deutschen der Welt genügend inspiriert hatte, mußte auch das andere Register von der Barbarei der Deutschen gezogen werden und deshalb funkte Lyon zwei Tage später wörtlich weiter: Die Deutschen Deutschen führten im letzten Augenblick viele, selbst alte Personen, mit sich fort. Alle jungen Leute wurden mitgenommen. Das Gedächtnis der Welt ist allerdings sehr kurz, aber ein etwas größerer Zwischenraum zwischen den beiden einander sich diametral widersprechenden Mitteilungen hätte sich doch empfohlen.

Bezeichnende Verhaftungen.

Bern, 21. Sept. (W.T.B.) In Rom wurden wie Corriere della Sera berichtet, verschiedene Zeitungsausrufer verhaftet, weil sie Blätter mit der Ankündigung der Wiener Note vor den Kasernen und Fabriken auf eine Weise ausriefen, die den inneren Widerstand zu schwächen geeignet gewesen sei.

Der Kongreß der Ententesozialisten.

London, 19. Sept. (W.T.B.) Die internationale Arbeiterkonferenz besprache nach einer Reutermeldung heute den Bericht über die Antwort der Sozialisten der Mittelmächte auf das Kriegszielmemorandum der internationalen Arbeiterkonferenz im Februar. Der Bericht drückt die Befriedigung aus mit den Antworten der bulgarischen, ungarischen und deutschen Sozialisten in Oesterreich und erklärt, daß die Antwort der reichsdeutschen sozialistischen Mehrheit ein Hindernis für die Abhaltung einer internationalen Konferenz darstelle. Der Bericht wurde an die Kommission überwiesen. Er empfiehlt, den deutschen Mehrheitssozialisten eine ausführliche Antwort und den Sozialisten der übrigen Länder Antworten zu geben, worin sie dringend aufgefordert werden, ihren Einfluß dahin zu bemühen, daß die Haltung der deutschen Sozialisten besser umschrieben werde.

Deutscher Protest gegen die feindlichen Fliegerangriffe auf deutsche Lazarette.

Berlin, 21. Sept. (W.T.B.) Wegen der feindlichen Fliegerangriffe auf deutsche Lazarette ist am 18. August der hiesigen schweizerischen Gesandtschaft folgende Verbalnote zugestellt worden:

Das Auswärtige Amt beehrt sich die Schweizerische Gesandtschaft zu benachrichtigen, daß nach Mitteilung der deutschen Obersten Heeresleitung in neuester Zeit folgende feindliche Fliegerangriffe auf deutsche Lazarette ausgeführt wurden:

1. Am 13. Juni fand ein Angriff von zwölf feindlichen Flugzeugen auf das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Trier statt. Die Zahl der Opfer betrug sieben Tote und Verwundete.
2. Am 21. Juni wurden die Lazarettanlagen im Veslertal angegriffen.
3. Am 15. Juli erfolgte ein Angriff auf das Krankenhaus in Offenburg.
4. Am 22. Juli griffen 50 feindliche Flugzeuge am hellen Tage die Lazarettanlagen bei Mont Notre Dame an. Es wurden 30 Personen getötet und 70 verwundet, darunter der Freiburger Arzt Dr. Goßler, ein französischer Arzt und eine große Anzahl Schwestern sowie französische, amerikanische und deutsche Verwundete.
5. Am 1. August wurden bei einem Angriff auf Düren die Provinzial-Blindenanstalt und eine Schule getroffen.
6. Bei einem Angriff am gleichen Tage auf das Kriegslazarett in Laby bei Conflans wurden zwei Personen getötet und 67 verwundet, darunter 13 schwer.
7. Am 11. August wurden bei einem Fliegerangriff auf Montmery um 1.15 Uhr nachmittags etwa 40 Bomben auf die deutlich mit dem Genfer Roten Kreuz gekennzeichneten Lazarettanlage abgeworfen. Von den Kranken und Verwundeten wurden sechs getötet und 21 verletzt, außerdem fünf in der Nähe des Lazarettes spielende Kinder teilweise schwer verwundet.

Da sämtliche Lazarette durch Rote Kreuze deutlich als solche erkennbar gemacht waren, so scheint es sich um ein planmäßiges Vorgehen der gegnerischen Heeresleitungen gegen die deutschen Sanitätsanlagen zu handeln.

Die deutsche Regierung legt gegen diese fortgesetzten Verletzungen der Bestimmungen der Genfer Konvention auf das nachdrücklichste Verwahrung ein und bittet die schweizerische Gesandtschaft, zu veranlassen, daß dieser Protest auf schnellstem Wege zur Kenntnis der französischen und britischen Regierung gebracht wird.

Japan vermehrt in großem Stil Heer und Flotte.

Bern, 21. Sept. (W.T.B.) Newyork Evening vom 15. Sept. veröffentlicht eine Korrespondenz aus Tokio, wonach bei einem anfangs Juli abgehaltenen japanischen Kronrat eine ungeheure Vermehrung von Seestreitkräften beschlossen wurde. Die Armee, die bisher 21 Divisionen zu vier Regimentern zählte, soll mit einem Kostenaufwande von 174 Millionen Yen auf 42 Divisionen zu drei Regimentern erhöht werden, die in 21 Armeekorps zerfallen. Die Marine soll auf drei Schlachtgeschwader zu je acht Kriegsschiffen nebst einem Kreuzergeschwader von acht Panzerkreuzern gebracht werden, wofür die Kosten auf 1060 Millionen Yen veranschlagt sind. Ueber den Zeitraum der Durchführung des Programms, dessen Annahme das japanische Volk als hochbedeutsam ansieht, verlautet nichts. Die Korrespondenz bemerkt: Man hört hier oft die Frage, welche Stellung Japan als Seemacht verglichen mit den Vereinigten Staaten nach dem Krieg einnehmen werde. Anscheinend ist es die Ueberzeugung der jetzigen Führer Japans, daß die Nation künftighin Gefahr läuft, isoliert zu werden, wenn sie nicht schon eine mächtige Armee und Flotte besitzt, welche internationale Beachtung beanspruchen kann. Die Lage in Rußland und China macht dies umso notwendiger, als ein Eingreifen der westlichen Nationen in ostasiatische Angelegenheiten möglich ist. Japan erwartet offenbar nicht, daß die Rüstungen nach dem Kriege abnehmen werden, und daß es mit dem vorgeschlagenen Völkerbund zur Erhaltung des Friedens etwas werden werde. Wahrscheinlich scheint es, daß es aus dem Kriege die Lehre zieht, daß die Macht als Schiedsrichter nationaler Rechte besteht und daß Japan nur auf Gerechtigkeit rechnen kann, sofern es imstande ist, darauf zu bestehen. Das wird wie ein Zweifel an der internationalen Moralität aussehen, aber Japan hat vielleicht kein übergroßes Vertrauen in die altruistischen Versicherungen der Westmächte. Jedenfalls müsse man das den japanischen Pressekommentaren über die westländische Diplomatie entnehmen. Vielleicht bedeutet das neue Rüstungsprogramm lediglich, daß Japan entschlossen ist, sich ohne Rücksicht auf die Kosten von seinen Freunden unabhängig zu machen. Sein vorkriegerisches Wehrprogramm war erklärlichermaßen mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Rußland und China eingestellt. Offenbar deuten die neuen Pläne sowohl auf ein erweitertes Ziel, als auch auf eine offensive Politik hin.

—)*(—

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 22. Sept. (W.T.B.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern überfielen auf dem Dosso-Alto unsere Sturmtruppen einen von tschecho-slowakischen Legionären verteidigten Grabenabschnitt. Der größte Teil der Besatzung erlitt sein verdientes Schicksal. Sonst an zahlreichen Stellen der italienischen Front Erkundungsgefechte.

London, 20. Sept. (Priv.-Tel.) Nach einer Reutermeldung nahm die interalliierte Arbeiterkonferenz heute unter dem Vorsitz von Broucke (Belgien) nachstehende abgeänderte Resolution über Rußland mit großer Mehrheit an: „Die Konferenz ist der Meinung, daß in Uebereinstimmung mit Artikel 6 von Wilsons 14 Punkten die gegenwärtige Anstrengung der alliierten Regierungen, dem russischen Volke Beistand zu leisten, nur von dem aufrichtigen Wunsche geleitet werden darf, die Freiheit der Demokratie zu erhalten, um den Frieden der Welt zu schützen, in dem wertvolle Ergebnisse der Revolution dauernd gesichert werden können."

London, 20. Sept. (W.T.B.) Reuter. Die Arbeiterkonferenz nahm zum Schluß den Bericht der Kommission über die Kriegsziele in der durch die Konferenz verbesserten Fassung an und vertagte sich alsdann.

Haag, 20. Sept. Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet nach der Frankf. Ztg. aus London: Ramsay Macdonald erklärte, daß Albert Thomas, der frühere französische Minister, auf der interalliierten Arbeiterkonferenz zu der Zurückweisung der österreichischen Note durch Amerika folgendes äußerte: „Es mag wohl großartig sein, in einer halben Stunde zu antworten, aber im Krieg ist dies keine Methode."

Eine alte abgeschlagene Lüge spitzfindiger amerikanischer Journalisten.

Christiania, 21. Sept. (W.T.B.) Amerikanische Dokumente, die das Zusammenarbeiten Deutschlands, insbesondere des deutschen Generalstabes mit den Bolschewisten enthüllen sollen, haben in den letzten Tagen in der norwegischen hauptstädtischen Presse Aufnahme gefunden. Im Gegensatz zu den anderen Blättern hat Socialdemokraten in einem Artikel von „dieser alten, bereits erschlagenen Lüge spitzfindiger amerikanischer Journalisten" bestimmten Abstand genommen. Das Blatt hebt als besonders ungeheuerlich und albern hervor, daß der deutsche Generalstab die Bolschewiki-Revolution gefördert haben solle. Daß dieses Dokument nur ein schlechter amerikanischer Witz sein konnte, müsse jeder auf den ersten Blick erkennen. Zweifellos seien sie aus dem politischen Leben Amerikas entlehnte, aber wenig geschickte Fälschungen, die nur ein Lächeln hervorrufen können. Die Absicht damit, sei natürlich Haß gegen die Bolschewiki in Amerika zu erregen, aber gleichzeitig Amerikas Eingreifen in den Krieg zu rechtfertigen. Hierzu seien diese Dokumente umsoweniger geeignet, als sie sich zu deutlich als schlecht nachgeahmte Fälschungen erwiesen.

Die amerikanische Schwindelfabrik.

Christiania, 21. Sept. (W.T.B.) Socialdemokraten wendet sich in einem redaktionellen Artikel scharf gegen den amerikanischen neuen Dokumentenschwindel, den das Blatt in einem einzigen Beispiel nachweist. Daß „der Generalstab der deutschen Hochseeflotte", wie das Dokument lautet, ein Rundschreiben an die Marineagenten und Flottenvereine über die Tätigkeit der in Amerika arbeitenden deutschen Vernichtungsagenten und Spione erlassen haben soll, sei so ideotisch, daß es keinen Glauben finden könne. Das Beispiel genüge, diese Dokumente als amerikanische Täuschungen zu erklären.

Opfer der amerikanischen Zeitungshetze.

Berlin, 22. Sept. (W.T.B.) Die bei St. Mihiel gefangenen Amerikaner äußerten sich einem deutschen Berichterstatter gegenüber erstaunt über die ihnen seitens der Deutschen zuteil werdende gute Behandlung. Wie sie berichten, wird ihnen von ihren Kompagnieführen immer wieder erzählt, daß die Deutschen die amerikanischen Gefangenen mißhandelten, ihnen ungenügend zu essen gäben und sie bei der geringsten Disziplinlosigkeit erschössen. Sie meinten, in den von den Zeitungen täglich verhetzten Vereinigten Staaten würde kein Mensch glauben, wie menschlich die Deutschen ihre Gefangenen behandeln.

Amerikanische Denkweise.

Amsterdam, 19. Sept. (W.T.B.) Nach einem hiesigen Blatt wird der Times aus Washington gemeldet, es weise alles darauf hin, daß Präsident Wilson in seiner Antwort auf die österr.-ungar. Note im Namen der ganzen Nation gesprochen habe. Die Antwort werde fast überall mit Beifall begrüßt, nicht nur wegen ihres Tones, sondern auch wegen der Art, wie sie gegeben wurde. Die Tatsache, daß die Antwort kaum nach einer Stunde nach Empfang der amtlichen Note erteilt wurde, wird als echt amerikanischer Beweis dafür angesehen, daß Washington sich nicht an der Nase herumführen läßt.

Die Newyork Times erkennen jetzt an, daß sie einen Fehler begangen haben, und versuchen ihn dadurch wieder gutzumachen, daß sie erklären, eine Konferenz würde das beste Mittel sein, um die Mittelmächte zur Ergebung in das Unveränderliche zu bringen. Dies sei aber nicht der Standpunkt des amerikanischen Volkes oder der amerikanischen Regierungskreise. Keine der Auffassungen des Präsidenten Wilson sei so volkstümlich wie seine Verurteilung der Geheimdiplomatie, und Amerika werde niemals einer Konferenz hinter geschlossenen Türen beiwohnen. Man könne sicher sein, daß Amerika dabei bleiben werde, eine vollständige Uebergabe der Mittelmächte zu verlangen.

Wilsons Kriegskoller.

Berlin, 23. Sept. Präsident Wilson soll nach französischen Blättermeldungen gesagt haben, er habe einen vollständigen Sieg nötig. Besprechungen sollen nicht zugelassen werden. Selbst wenn Oesterreich morgen käme, um uns zu erklären, daß es alle 14 Punkte meines Friedensprogramms annähme, müßte ich auf meinem Standpunkt stehen bleiben. Wir können den Worten unserer Feinde nicht glauben. Es muß ihnen unmöglich gemacht werden, ihr Wort zu brechen.

Kohlenmangel in Argentinien.

Nach Wall Street Journal vom 24. 7. 18 verfeuern die Fabriken in Buenos Aires Mais und anderes Getreide, weil keine Kohle aufzutreiben ist.

)*(

Zur Lage im Osten.

Ein Attentat auf Trotzki.

Leipzig, 20. Sept. (W.T.B.) Wie der Sonderberichterstatter der Leipziger Abendzeitung aus Kiew meldet, wurde auf Trotzki in Kursk ein Attentat unternommen. Ein Soldat schoß auf Trotzki, verfehlte ihn aber. Der Korrespondent meldet weiter, daß die ukrainische Regierung eine Verschwörung zur Ermordung des Leiters der russischen Friedens-Delegation, Rakowski, aufgedeckt habe.

Eine Verschwörung.

Wien, 21. Sept. (W.T.B.) Das Wiener Tel.-Korr.-Büro meldet aus Moskau: In dem wichtigen Bahnknotenpunkt Koslow vor Woronesch wurde eine weitverzweigte Verschwörung entdeckt, die von dem Vorsitzenden des Sowjets Jawrow und dem Kriegskommissar Kurochowitsch geleitet wurde. Die sogenannte Eiserne Kompagnie der Roten Armee trat zu den Verschwörern über. Zwei Regimenter blieben jedoch der Regierung treu. Die Unterdrückung des Aufstandes geht im ganzen Kreise vor sich.

Der Protest gegen den Roten Schrecken.

Frankfurt a. M., 22. Sept. Die Frankf. Ztg. meldet: Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat sich der deutsche Generalkonsul in Petersburg der Protestnote des dortigen neutralen diplomatischen Korps gegen den Roten Schrecken angeschlossen.

Die Erschießung von Polen.

Warschau, 20. Sept. (Priv.-Tel.) Die Warschauer Presse erfährt, daß von Lednicki, dem Vertrauensmann des polnischen Regentschaftsrates, die aus Rußland übersandten Materialien betr. Erschießung der Brüder Luteslawski im Staatsdepartement eingetroffen seien. Es gehe daraus hervor, daß die Luteslawskis ohne gerichtliches Urteil allein auf Befehl der Untersuchungskommission für gegenrevolutionäre Fragen erschossen worden seien. Die Blätter teilen ferner eine Liste der ohne Gerichtsurteil erschossenen Polen mit, die außer Luteslawski noch sieben weitere Namen enthält.

Der Monitor Polski gibt eine Depesche Lednickis an das Staatsdepartement wieder, daß er mündlich und schriftlich den schärfsten Protest beim Volkskommissariat des Auswärtigen eingebracht habe; es sei ihm eine schriftliche Antwort in Aussicht gestellt worden.

Ermordung der ehemaligen Zarin?

Basel, 21. Sept. Nach einer Londoner Havasmeldung wird der Frf. Z. zufolge in diplomatischen Kreisen die Ermordung der ehemaligen Zarin und zweier ihrer Töchter bestätigt.

)*(

Ausland.

Aus Rumänien.

Bukarest, 20. Sept. (W.T.B.) Der König unterzeichnet die Zensurverordnung für das Moldau-Gebiet. Die Verordnung besagt: Der Zensur unterliegen alle Erzeugnisse der Presse und alle in mehreren Exemplaren hergestellte, für die Oeffentlichkeit bestimmte Druckschriften, Illustrationen, Musikstücke, Theatervorstellungen, deklamatorische und Gesangsvorträge und Films. Die Kontrolle der Briefe, Telegramme und Funksprüche wird dem Generaldirektor der Post übertragen. Diesem unterstehen auch alle Funkenstationen, die imstande sind, drahtlose Korrespondenzen zu geben oder aufzunehmen. Die Funkenstationen in Jassy-Copeu und Baslui werden mit Einrichtungen versehen, um eine vollständige Luftpolizei ausüben zu können. Die Stationen für drahtlose Telegraphie des Spezialbataillons dürfen nur als Schulstation verwendet werden. Die Stationen der Kriegsmarine und des rumänischen Fluß- und Seeschiffahrtsdienstes werden nur Funksprüche in bezug auf dienstliche Angelegenheiten austauschen können. Diesen Stationen ist es strengstens untersagt, Kriegsberichte oder amtliche oder private Korrespondenzen, die nicht an sie gerichtet sind, aufzufangen.

Bukarest, 20. Sept. (W.T.B.) Wiener Korrespondenzbüro. Verläßliche, aus Jassy hier eingetroffene Reisende erzählen, daß dort die Nachricht verbreitet sei, der rumänische Kronprinz Carol sei Mitte September plötzlich nach Odessa abgereist und habe sich dort mit einem rumänischen Fräulein namens Zizi Bambrino vermählt. Ueber die Aufnahme dieser Heirat seitens des Königs und der Königin weiß man hier noch nichts, auch nicht, ob der Kronprinz mit vorheriger Billigung seiner Eltern vorgegangen, oder ob es sich um eine Ueberraschung handele.

Bukarest, 20. Sept. (W.T.B.) Der parlamentarische Ausschuß, der mit der Untersuchung der von der Regierung Bratianu begangenen Vergehen beauftragt ist, ließ gestern Horeanu, den Vertrauensmann der früheren Ministers Constantinescu verhaften.

Der Bankerott der englischen Irland-Politik.

Im Augustheft 1918 der English Review schreibt Merlin: „Es ist schwer, etwas über Irland zu sagen, weil in der Atmosphäre dieser Treibereien die Vernunft abdankt, und was übrig bleibt, ist Vorurteil. In England glaubt man an eine Verschwörung von Sinn Fein mit Deutschland, weiß es aber nicht; nur ein Engländer unter 10 000 macht sich die Mühe, die Lage in Irland wirklich zu erkennen und irische Zeitungen zu lesen. Der Stand der Dinge in Irland ist jetzt um 100 Jahre zurückgebracht. Die Lage ist aufs äußerste verwickelt, weil die Iren sich weigern, ins Heer einzutreten, und weil man in England nichts mehr von Liberalismus für den Grundsatz von Home Rule wissen will. Irland selbst ist in ein Chaos und einen mürrischen Stand der Regierung verfallen, in dem das einzig Lebendige die Schaffung von Märtyrern im großen und kleinen durch die Politik der Ulsterprotestanten ist.

Was Lord Wimborne, der frühere Statthalter von Irland, im Oberhause sagte, daß weder er noch irgend ein anderes Mitglied der irischen Exekutive etwas von einer Verschwörung wußte, bis die britische Regierung diese entdeckte, gibt doch jedem Vernünftigen sehr zu denken! Wenn die Regierung Beweise für wirklichen Verrat hat, so ist es doch ihre Pflicht, sie zu veröffentlichen und die Bestrafung der Schuldigen durchzuführen. Warum die von der Regierung betriebene Heimlichkeit? Ueber 200 Iren sind unter dieser Beschuldigung verhaftet, aber keiner ist verhört worden, keinerlei Beweise sind vorgebracht worden, und die Mitglieder der früheren irischen Regierung wissen nichts.

Den Konvent hat man aufgegeben, ebenso die irische Wehrpflicht und desgleichen Home Rule. Irland ist tatsächlich eine gesperrte Zone. Sir Edward Carson hat auf der ganzen Linie gesiegt. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht bleiben. Wenn die Iren sich nicht freiwillig melden, so wird die Lage schlimmer werden, bis der Augenblick der Erzwingung der Wehrpflicht erreicht ist, und dann ist die Katastrophe da. Aber wird eine Katastrophe die Luft reinigen? Alle Lehren der Geschichte deuten auf das Gegenteil. Irland ist das Probestück für unsere Aufrichtigkeit in der Staatskunst. Als Asquith 1914 den Ulsterleuten nachgab und es ablehnte, das Gesetz des Landes durchzusetzen, legte er die Grundlagen für die Unruhen, die zu der Bedeutung von Sinn Fein führten.

Jetzt wird dieser Krieg um ein großes Weltprinzip durchgekämpft, und seine Leitung ist absolut in die Hände Amerikas übergegangen. Das ist die Wahrheit, die wir uns, wenn auch nur in unserem eigenen Interesse, vor Augen halten müssen. Das irische Problem kann nur mit Aufrichtigkeit gelöst werden. Ohne die Ulster-Rebellen von 1914, die unsere und Irlands Herren sind, hätte man von Sinn Fein nichts gehört. Das ist die brutale Wahrheit. Wir können bis zu einer Katastrophe weiter wursteln, aber diese wird die ernstesten Folgen für das englische Reich haben."

)*(

Chronik.

Aus Baden.

:.: **Heidelberg**, 23. Sept. Ein hier wohnender Taglöhner aus Unterschwarzach, der einen schwungvollen Schleichhandel mit Fleisch betrieb, wurde verhaftet.

× **Mannheim**, 23. Sept. Auf der Seckenheimer Landstraße stürzte ein Knabe von einem Nußbaum herab und erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen.

)=(**Eppelheim** bei Heidelberg, 21. Sept. Das 5jährige Söhnchen des Landwirts Ludw. Rühle fiel von einem Pfuhlwagen, wurde überfahren und sofort getötet. — In einer Zigarrenfabrik in St. Ilgen wurden durch Einbruch 5000 Zigarren im Werte von 900 Mk. gestohlen.

✧ **Freiburg**, 23. Sept. Zu der vom Staatssekretär des Innern auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth erteilten Antwort wegen der Entschädigung der Fliegerschäden gab der Stadtrat seiner Meinung dahin Ausdruck, daß diese Antwort nicht voll befriedigen könne, vielmehr gerade zeige, wie notwendig die Erlassung eines Gesetzes ist, durch welche das Reich durch Aufstellung eines Rechtsanspruches verpflichtet wird, die Fliegerschäden nach den heute maßgebenden Preisen und Wertanschlägen zu ersetzen. — Ferner hat der Stadtrat an das Ministerium des Innern in einer Eingabe das Ersuchen ausgesprochen, der Steigerung der Weinpreise mit allen Mitteln entgegen zu wirken.

Staufen, 20. Sept. Gestern früh gegen 6 Uhr wurde in Münstertal ein etwa zwei Sekunden währendes Beben verspürt, welches von einem starken unterirdischen Rollen begleitet war.

-. **Triberg**, 23. Sept. Der Bürgerausschuß stimmte in seiner letzten Sitzung verschiedenen Kriegswohlfahrtsmaßnahmen zu. Er genehmigte zunächst die Teuerungszulagen an die städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeiter und ferner eine einmalige Kriegs- und Teuerungszulage von 300 Mk. für Verheiratete, 50 Mk. für jedes Kind und 200 Mk. für Ledige. Weitere Fürsorge wendet sich den Kriegerfamilien und Kriegerwitwen zu. Sie erhalten eine einmalige Zulage von 20 Mk. für die Frau und 10 Mk. für jedes Kind. Ferner gibt die Stadt jeder Kriegerfamilie einen Ster Holz unentgeltlich und einen weiteren Ster zum Vorzugspreis von 20 Mk. Weiter erfährt die Fürsorge für Minderbemittelte auch in anderer Hinsicht Ausdehnung; so übernimmt die Stadt für diese von dem erhöhten Brotpreis zwei Drittel pro Laib. Beim Kohlenpreis werden für den Zentner 50 Pfg. rückvergütet. Der Preisaufschlag für Milch, Butter, Eier, wird wie bisher auf die Kriegswohlfahrtspflege verrechnet.

:: **Müllheim**, 23. Sept. In Mülhausen i. E. spielten zwei Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren mit Handgranaten. Diese explodierten, wobei beide Knaben sofort getötet wurden.

•:• **Furtwangen**, 21. Sept. Ueber die Behandlung der Waldarbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter als Schwerstarbeiter hatte Reichstagsabgeordneter Duffner an den Reichskanzler eine Anfrage gerichtet, auf welche folgende Antwort eingegangen ist: Würden die Waldarbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter grundsätzlich als Schwerstarbeiter

Chronik des vierten Kriegsjahres.

23. Sept.: Die Düna von Liewenhof bis Stockmannshof erreicht; Erstürmung einer französischen Höhe bei Krcova.

mit dem Recht auf Zusatzlebensmittel anerkannt, so wären berechtigte Berufungen die Folge. Dies würde zu einem Verringern der für die Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Mengen führen und wäre in dem augenblicklichen Zeitpunkt nicht vertretbar.

::: **Säckingen**, 23. Sept. Im Walde bei dem nahen Schweizerort Frick wurde der 22jährige Jagdaufseher Rüetschi mit einem Schuß im Kopf tot aufgefunden. Durch einen unglücklichen Zufall scheint die gespannte Flinte losgegangen zu sein, wobei R. von dem Schuß getroffen und getötet wurde.

Drei englische Flieger gefangen.

Mannheim, 22. Sept. Bei Ladenburg sind drei englische Flieger, die am 17. September durch eine Mannheimer Kampfeinsitzerstaffel mit ihrem Flugzeug zum Absturz gebracht wurden, festgenommen worden. Das Flugzeug selbst wurde zwischen Zwingenberg und Haehnlein aufgefunden. Ueber die Verhaftung der Flieger wird der N. B. L. noch gemeldet: Am Donnerstag sah der 19jährige Kaufmann Hessentaler, der auf dem Rosenhof beschäftigt ist, bei der Brücke an der Hautenmühle in Ladenburg drei Männer sitzen, die ihm verdächtig vorkamen. Auf die Erklärung des einen, daß er Hunger habe, sagte Hessentaler, er wolle Brot holen und er kehrte dann mit einem Revolver zurück. Die drei Fremden erhoben die Arme und ließen sich von Hessentaler nach Ladenburg aufs Rathaus abführen. Dort wurden die drei Flieger, als solche waren sie inzwischen erkannt worden, ins Lager nach Mannheim überführt. (g. K.)

)*(

Lokales.

Karlsruhe, 23. September 1918.

):(**Hoftrauer.** Durch den Tod des Prinzen Erik von Schweden ist auch das badische Fürstenhaus schwer betroffen worden. Der Prinz, der jüngste Sohn des schwedischen Königspaares, war ein Enkel der Großherzogin Luise, die von diesem Todesfall besonders schmerzlich berührt wird. Aus Anlaß des Ablebens des schwedischen Prinzen legt der Großh. Hof dreiwöchige Trauer an.

Arbeitervereinspräsidiskonferenz. Die H. H. Präsides der Arbeitervereine werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Konferenz am Mittwoch, den 25. Sept., nachmittags halb 3 Uhr, nicht im Hotel Nowack, sondern im Saale des „Goldenen Adler", Karlfriedrichstraße 12, stattfindet.

Na. **Der Sammlung von Küchenabfällen** wird von seiten des städtischen Tiefbauamts, dem das Abfuhrwesen der Stadt unterstellt ist, nach wie vor größte Aufmerksamkeit geschenkt. Welch große Mengen von Küchenabfällen durch diese Sammeltätigkeit zum Nutzen der Allgemeinheit gewonnen werden, ist daraus zu ersehen, daß in den Monaten von Januar bis August 1918 insgesamt 10 649 Zentner von Abfällen gewonnen wurden, die zum größten Teil als Futtermittel verwendet werden konnten. Obgleich im Monat August ein auffallender Rückgang an bereitgestellten Küchenabfällen zu verzeichnen war, der wohl auf sträfliche Entwendung zurückzuführen ist, stellte sich das Monatsmittel für das Jahr 1918 höher als dasjenige des Vorjahres. Es betrug nämlich für 1918 1331 Zentner monatlich gegen 1205 Zentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Täglich wurden durchschnittlich 53 Zentner Küchenabfälle gesammelt. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, entfielen 1918 21 Gramm für den Tag gegen 19 Gramm im Jahr 1917. Auffallender Weise fiel die Höchstmenge der Ablieferung an Küchenabfällen auf die Monate Februar und März mit 1556 bezw. 1543 Zentner. Wenn auch gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Sammelmenge um 10,45 Prozent festzustellen ist, so konnte damit doch noch lange nicht die vom Kriegsernährungsamte berechnete Höhe der Ablieferung erreicht werden. Das ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Einmal auf die Tatsache, daß die Zahl der Haushaltungen, die ihre Küchenabfälle für ihre eigenen kriegs- und landwirtschaftlichen Betriebe verwenden, bedeutend gestiegen ist, und zum zweiten auf den allerdings weniger erfreulichen Umstand, daß von vielen Leuten die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Sammeltätigkeit verkannt wird. So werden immer noch große Mengen von brauchbaren Küchenabfällen der Einfachheit halber kurzerhand in den allgemeinen Müll eimer geworfen, und so der Verwendung für allgemeine Zwecke entzogen. Das sollte unter allen Umständen vermieden werden. Wenn auch zurzeit den Sammlern leider nicht eine Entschädigung geboten werden kann in Gestalt von Schweinefleisch aus den städtischen Mastanstalten, so haben die Sammler von Küchenabfällen doch die Gewähr, daß die an die Stadt abgelieferten Küchenabfälle zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden. Was nichtt gleich als Viehfutter verwendet werden kann, wird in der Trocknungsanstalt zu Trockenfutter verarbeitet. Es ist also dafür gesorgt, daß nichts von Wert verloren geht. An die gesamte Einwohnerschaft wird das dringende Ersuchen gerichtet, der Sammlung von brauchbaren Küchenabfällen nach wie vor größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung

vom 19. September 1918.

(Schluß.)

Erweiterung des Gaswerks II. Im Bauplan für die Erweiterung des Gaswerks II ist vorgesehen, den bisher zur Bearbeitung der Reinigungsmasse benützten Platz beizubehalten, die alten, unbrauchbar gewordenen Reiniger zu entfernen und den dadurch gewonnenen Platz ebenfalls zur Aufbereitung von Reinigungsmasse herzurichten, so daß alsdann die nutzbare Gesamtfläche 1350 Quadratmeter (gegen bisher 650 Quadratmeter) beträgt. Auf Antrag des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts wird die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu beantragt, daß die alte Reinigeranlage abgebrochen und an deren Stelle ein Platz zur Aufbereitung von Reinigungsmasse hergerichtet und der hierdurch entstehende Aufwand von 18 000 Mk. aus Anlehensmitteln bestritten wird.

Städt. Bahnen. Das städtische Bahnamt beantragt die Beschaffung einer zur Instandhaltung der Betriebsmittel unbedingt notwendigen großen Drehbank. Der Stadtrat hält den Antrag für begründet und beschließt Anforderung der Mittel in Höhe von 24 230 Mk. beim Bürgerausschuß.

Verkauf von Gelände am Rheinhafen. An eine auswärtige Firma werden 18 000 Quadratmeter Gelände am Rheinhafen unter Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses verkauft.

Oeffentliche Brückenwage. Mit der vom Eigentümer der öffentlichen Brückenwage auf dem Ludwigsplatz beabsichtigten Einstellung des Betriebs dieser Wage erklärt sich der Stadtrat einverstanden.

—)*(—

Politische Nachrichten.

München, 19. Sept. (W.T.B.) Der Staatssekretär des Auswärtigen von Hintze wird am Samstag vormittag zu einem kurzen Aufenthalt in München eintreffen, um sich dem König persönlich vorzustellen.

Berlin, 20. September. (W.T.B.) Vizeadmiral Behncke wurde mit der Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs des Reichsmarineamts beauftragt.

Kriegszulage der Beamten betr.

Karlsruhe, 23. Sept. Wie wir erfahren, geht der Artikel in Nr. 433 des Bad. Beobachters „Zum Notstand der Beamtenschaft" von bereits überholten Voraussetzungen aus. In der Regierung ist man, wie wir hören, gewillt, die badischen Beamten bezüglich der Kriegszulagen nicht schlechter zu stellen als die Reichs- und preußischen Beamten gestellt sind. Somit würde den Wünschen, die in Beamtenkreisen vielfach geäußert wurden, nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Zur innerpolitischen Lage.

Kein Wechsel in der Regierungsform.

Berlin, 23. Sept. Ein Mitglied der Zentrumspartei äußerte einem Vertreter des Berl. Lokalanzeigers gegenüber: Es ist kein Geheimnis, daß innerhalb der Mehrheitsparteien Bestrebungen im Gange sind, die eine andere Richtung einschlagen wollen und auf die Einführung des Parlamentarismus abzielen, aber sie gehen von einzelnen Persönlichkeiten und von Gruppen innerhalb der Mehrheitsparteien aus und müßten, um Erfolg zu haben, selbst erst die Mehrheit im Reichstage gewinnen. Ohne das Zentrum gibt es keine Mehrheit, und das Zentrum hat bisher immer noch auf dem Standpunkte gestanden, daß es einen solchen Weg nicht mitmachen werde. Nachdem der Reichskanzler und seine Regierung ihren Teil der Abmachungen mit der Mehrheit vollkommen erfüllt haben, besteht auch nicht die geringste Veranlassung für einen Wechsel in der Regierungsform. Unsere Feinde sind allerdings warme Verfechter einer Parlamentarisierung und Demokratisierung in Deutschland, aber, wer da glaubt, daß die Herren Wilson, Lloyd George und Clémenceau keinen sehnlicheren Wunsch haben, als uns ein gutes Bett zu machen, dem ist wohl nicht zu helfen.

Parteiführer bei Hintze.

Berlin, 23. Sept. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hintze hat gestern eine Anzahl Parteiführer empfangen. U. a. laut Voss. Zeitung den Zentrumsabgeordneten Erzberger und den fortschrittlichen Abgeordneten Fischbeck. Heute werden die Konferenzen bei dem Staatssekretär fortgesetzt. Es sollen konservative und nationalliberale Fraktionsführer zu Worte kommen. Der Vizekanzler v. Payer hatte in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen mit Abgeordneten der Mehrheitsparteien, u. a. mit den Abgg. Haussmann, Fischbeck, Neumann, Erzberger, Gröber, Herold, Ebert, Scheidemann, Südekum.

Der Beginn der Verhandlungen der Zentrumsfraktion, von der gesagt wird, sie seien für das weitere Programm der Mehrheitsparteien von ausschlaggebender Bedeutung, ist auf heute vormittag 9 Uhr festgesetzt. Die fortschrittliche Volkspartei beginnt ihre Fraktionssitzungen mittags um 12 Uhr. Abends halb 7 Uhr finden die interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsparteien statt.

Aus dem Hexenkessel der Berliner Presse.

Köln a. Rh., 22. Sept. (Priv.-Tel.) Die Kölnische Zeitung bringt in ihrer heutigen Morgenausgabe folgende Meldung ihres Berliner Vertreters: Dem B. T. geht von parlamentarischer Seite eine Zuschrift zu, in der unter Fortspinnung der Krisengerüchte u. a. behauptet wird, sein gestern höre man, daß Graf Hertling es ablehne, Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen. Falls sich dieses Gerücht bestätige, würde der Reichskanzler allerdings das Vertrauen der Mehrheitsparteien vollständig verloren haben. Diese Mitteilung wird mir von unterrichteter Seite als reine Kombination bezeichnet. Graf Hertling hat noch keine Gelegenheit gehabt, zu der Frage der Aufnahme von Sozialdemokraten in die Regierung überhaupt Stellung zu nehmen, also auch weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin sich entscheiden zu können. Die in der Zuschrift weiter enthaltene Angabe, Graf Hertling würde der Fraktionssitzung des Zentrums beiwohnen, ist unzutreffend. Richtig ist dagegen, daß der Reichskanzler an der Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag teilnehmen wird.

Hindenburg an die südwestdeutschen Pressevertreter.

Stuttgart, 23. Sept. (W.T.B.) Auf einen im Namen einer südwestdeutschen Pressekonferenz in Karlsruhe an den Vorsitzenden der beteiligten Verleger- und Redakteurverbände von dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg gerichteten Telegramm ist heute zu Händen des Chefredakteurs A. Kemper-Stuttgart, des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, Landesverband Württemberg, die folgende Antwort eingegangen:

Großes Hauptquartier, 21. September. Für das Gelöbnis der in Karlsruhe versammelt gewesenen Pressevertreter Südwestdeutschlands spreche ich Ihnen, auch namens des Generals Ludendorff, meinen besten Dank aus. Sind Heer und Heimat sich darin eins, dem Vernichtungswillen unserer Gegner den eigenen Willen zum Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden entgegenzusetzen, dann wird der Feinde Absicht zuschanden werden. Der Presse, als wesentlichem Bindeglied zwischen Heer und Heimat, fallen in diesem Rahmen ganz besondere Aufgaben zu. Geleitet von dem großen vaterländischen Geiste wie bisher, wird sie zum Wohle des Vaterlandes wirken.

Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Der Besuch des Hetman in Deutschland.

Kiew, 20. Sept. (W.T.B.) Aus autoritativer Quelle erfährt Golows Kiewa, daß der Besuch des Hetman in Deutschland äußerst günstige Resultate für den ukrainischen Staat gebracht habe. Ungeklärte Fragen innerer und internationaler Art sind für die Ukraine günstig gelöst worden. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Ukraine haben volle Festigung erhalten. Die Beziehungen zwischen der deutschen und der ukrainischen Regierung haben den Charakter fester und dauernder Freundschaft angenommen. Dem ukrainischen Staat ist weitgehende Hilfe beim Staatenaufbau und bei der Herstellung normaler Lebensbedingungen versprochen worden.

Bedingungen für den Beitritt zum interfraktionellen Ausschuß.

Berlin, 19. Sept. Aus parlamentarischen Kreisen erfährt das Berl. Tagebl. zur innerpolitischen Lage: Das Eintreten der Nationalliberalen in den interfraktionellen Ausschuß ist nach dem einstimmigen Beschluß der Mehrheitsparteien nur möglich, wenn sie klipp und klar erklären, daß sie sich zu der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 bekennen. Die Anerkennung der Grundsätze, die der Vizekanzler v. Payer in seiner Stuttgarter Rede aufgestellt hat, kann keine ausreichende Grundlage für die Mehrheitsparteien sein.

Zur finnischen Königsfrage.

Köln, 20. Sept. (W.T.B.) Die Kölnische Zeitung schreibt: In der Frankfurter Volksstimme wird unter Bezugnahme auf den Aufsatz Scheidemanns im Vorwärts zur finnischen Königsfrage behauptet, dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen sei von einer Seite, die Nachdruck aufbieten könne, nahegelegt worden, er möge zustimmen, daß die Thronfrage in der Schwebe bleibe, er könne sich ja zunächst auf fünf Jahre als Reichsverweser wählen lassen. Der Frankfurter Korrespondent der Kölnischen Zeitung erfährt hierzu, daß an unterrichteter Stelle von einer derartigen Beeinflussung des Prinzen noch nichts bekannt ist. Der Prinz hat sich auf die an ihn gestellte Frage wegen etwaiger Annahme einer Wahl seinerzeit dahin geäußert, daß er einem derartigen Ruf nur Folge leisten könne, wenn es der einmütige Wunsch der berufenen Vertretung des finnischen Volkes, des Landtages, sei und dieser durch eine entsprechende Mehrheit bei der Königswahl zum Ausdruck komme. Er sei weit davon entfernt, seine Person Finnland aufzudrängen.

Eine Unterredung mit dem Großvezier.

Budapest, 23. Sept. (W.T.B.) Az Est veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Großvezier Talaat Pascha, der sagte, über seine Verhandlungen in Berlin könne er sich zwar nicht äußern, so viel könne er aber sagen, daß er mit dem Erfolg zufrieden sei. Auch die bulgarisch-türkischen Verhandlungen nehmen einen guten Verlauf. Auf beiden Seiten sei das Bestreben vorhanden, die gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen. Auf die Frage, ob zwischen der deutschen und der türkischen Regierung gewisse Gegensätze oder Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht seien, antwortete der Großvezier das sei vielleicht eine zu starke Bezeichnung. Bei den vielen Fragen, die der Krieg aufgeworfen habe, sei es selbstverständlich, daß hie und da Meinungsverschiedenheiten auftreten, aber deshalb würden Verhandlungen geführt, um diese zu beseitigen.

Die Friedensnote des Grafen Burian billigte der Großvezier und er glaubt, daß, wenn sie auch vorläufig eine direkte Ablehnung erfahren sollte, sie zum mindesten eine Reihe solcher Besprechungen zur Folge haben werde, die die Friedenssache zweifellos fördern würden. Wenn die Antwort der Entente es nicht ganz ausschließen, würden sicherlich die Verbündeten gemeinsam darauf antworten. Solange aber unsere Friedensbemühungen keinen Erfolg hätten, müßten wir auch weiter in demselben Waffenbrüderschaftsbündnis treu zueinander aushalten.

Vom Schweizerischen Musikfest.

Leipzig, 20. Sept. (W.T.B.) Die Schweizer Künstler folgten heute einer Einladung des Oberbürgermeisters Dr. Rothe zum Frühstück. Gestern nachmittag machten sie Max Klinger einen Besuch und erfreuten den erkrankten Meister in seinem Atelier durch Musik.

Auch nach der Poszlednija Nowoski betonen die Teilnehmer an der Berliner Reise des Hetmans den herzlichen Empfang, der dem Hetman überall von der Bevölkerung und den offiziellen Kreisen zuteil wurde und unterstreichen die überall hervortretende tiefe Zuneigung Deutschlands zur Ukraine.

Nach der Nowosti Dnja beschloß der ukrainische Ministerrat, Vertreter der Krim zu Verhandlungen einzuladen. Der Beschluß ist durch einen Vorschlag der Krim hervorgerufen worden, wirtschaftliche Verhandlungen anzuknüpfen. Mit dem Beginn der Verhandlungen soll der Zollkrieg eingestellt werden.

Leipzig, 20. Sept. (W.T.B.) Schweizerisches Musikfest, 5. Abend. Das heutige große Orchester-Chorkonzert im Gewandhause brachte u. a. eine Orgelkomposition von Otto Barblan-Genf, Suters D-moll-Sinfonie unter der Leitung des Komponisten und Werke für Chor und Orchester von Fritz Brun und Othmar Schoeck. Die Chöre führte der Bachverein aus. Das Haus war wiederum ausverkauft. Der herzliche Dank des Publikums für den Besuch und die Gaben der Schweizer Gäste gaben sich in stürmischen Beifallskundgebungen kund.

Belgien bleibt ein Anhängsel der Entente.

Amsterdam, 22. Sept. (W.T.B.) Die Zentral News melden aus London: Der belgische Ministerpräsident Cooreman erklärte, daß die belgische Regierung ihren Standpunkt bezüglich der allgemeinen Friedensbedingungen u. die Wiederaufnahme der alten Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten nur im vollständigen Einvernehmen mit den Alliierten fortsetzen werde.

Wir stehen im Zeichen der 9. Kriegsanleihe. Sich daran zu beteiligen, bleibt eine Notwendigkeit. Wer dies tun will, ohne größere Barmittel aufzuwenden, der sei auf die Kriegsanleihe-Versicherung verwiesen. Sie hat zwei Wirkungen: einmal gelangt der Betreffende dadurch in den Besitz einer Lebensversicherung, zweitens fördert er (nach den Tarifen der Arminia z. B. durch Mk. 19.50 vierteljährlich für je 1000 Mk. Kriegsanleihe) das Zeichnungsergebnis. Allen Volksklassen wird dadurch die Zeichnung wesentlich erleichtert.

Nicotra Nuntius in Belgien.

Rom, 22. Sept. (W.T.B.) Wie Corriere d'Italia erfährt, wurde der bisherige Nuntius in Chile, Monsignore Nicotra, zum Nuntius in Belgien ernannt.

Beisetzung des Exzaren.

Moskau, 21. Sept. (W.T.B.) Iswestija gibt Schilderungen von der feierlichen Beisetzung des Exzaren, die nach Pressemeldungen von Truppen der Volksarmee in Jekaterinburg veranstaltet wurde. Die Leiche des Exzaren, die an der Erschießungsstätte im Walde beerdigt war, wurde aus dem Grabe genommen, das nach Angabe von Personen gefunden wurde, denen die Umstände der Hinrichtung bekannt waren. Die Ausgrabung geschah in Gegenwart vieler Vertreter der obersten geistlichen Gewalt Westsibiriens, der Ortsgeistlichkeit, der Delegierten der Volksarmee, der Kosaken, der Tschecho-Slowaken. Der Leichnam wurde in einen Zinksarg, in einer kostbaren Holzhülle aus sibirischer Zeder gelegt. Der Sarg wurde unter dem Schutz einer Ehrenwache mit dem obersten Kommandanten der Volksarmee an der Spitze in der Kathedrale zu Jekaterinburg aufgestellt, von wo er, nach zeitweiliger Beisetzung, in einem besonderen Sarkophag nach Omsk gebracht werden soll.

Amerikanische „Freiheit".

Amsterdam, 23. Sept. (W.T.B.) Wie Hetwolk erfährt, wurde ein holländischer Bürger in Amerika, der Ingenieur Slarenburg, von der amerikanischen Regierung trotz seines Protestes gezwungen, in Amerika Heeresdienst zu tun. Versuche, die auch von der Familie und von verschiedenen Konsuln unternommen wurden, um ihn dienstfrei zu bekommen, schlugen fehl. Er wurde nach der Front geschickt und verwundet. Als er in England im Lazarett lag, versuchte man wiederum, ihn freizubekommen, und wandte sich deswegen auch an den früheren Kriegsminister Jonkheer de Jonge, doch vergebens. Slarenburg, wurde, nachdem er wiederhergestellt war, wieder nach der Front geschickt.

*

Bern, 19. Sept. (W.T.B.) Wie der Corriere della Sera mitteilt, verbietet ein ministerieller Erlaß die Veröffentlichung von ausländischen Pressestimmen, bevor sie durch die Zensur geprüft worden sind.

Der Secolo glaubt, daß die Erklärung des Staatssekretärs Lansing das Todesurteil des Burianischen Versuches bedeute. Nötig sei eine rasche Gesamtantwort der Entente, die jedoch an die feindlichen Völker gerichtet sein müsse. Im übrigen bleiben die Kommentare trotzige Ablehnung, sie werden nur umfangreicher.

Madrid, 22. Sept. (W.T.B.) Reutermeldung. Die Blätter glauben zu wissen, daß im gestrigen Ministerrat nach langer Prüfung des Gesundheitszustandes auf der Halbinsel beschlossen worden sei, die französische Grenze unverzüglich zu schließen.

Konstantinopel, 21. Sept. (W.T.B.) Wie die Blätter melden, ist das Automobil Enver Paschas vorgestern unweit seines Palais mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammengestoßen. Der Benzinbehälter explodierte, doch blieben der Minister, sein Flügeladjutant und der Wagenlenker unverletzt.

London, 22. Sept. (W.T.B.) Die britische Admiralität teilt mit, daß infolge einer inneren Explosion ein britischer Monitor im Hafen gesunken ist. Ein Offizier und 19 Mann wurden durch die Explosion getötet. 57 Mann werden vermißt. Man glaubt, daß auch diese tot sind.

Amerikanische Erpressung.

Washington, 20. Sept. (W.T.B.) Das Staatsdepartement bespricht in einer amtlichen Erklärung die Bitte Hollands um Lieferung von Lebensmitteln aus Amerika. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß 400 000 Tonnen holländischen Schiffsraums ungenützt in den europäischen Häfen liegen, und es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die holländische Regierung dem Beispiele anderer Neutraler folgen und die allgemeine Wiederaufnahme des Handels durch Aufhebung des Ausfahrtsverbots für seine Schiffe wieder einleiten werde.

—)*(—

Verschiedene Nachrichten.

Hamburg, 17. Sept. (W.T.B.) Aus den Geschäftsräumen der Kommerz- und Diskontobank sind auf bisher unbekannte Weise 150 000 Mark in Kriegsanleihe entwendet worden. Ueber den Täter und über den Verbleib der Papiere war noch nichts zu ermitteln.

Wien, 18. Sept. (W.T.B.) Amtlich wird verlautbart: In der Abteilung für Geschützpatronen-Erzeugung in der Munitionsfabrik Woellersdorf entstand aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache ein Brand, welcher durch Entzündung des Geschützpulvers rasch um sich griff und durch Panik unter den im betreffenden Raum beschäftigten Arbeitern leider eine große Anzahl Opfer forderte. Infolge der sofort eingegriffenen Maßnahmen ist eine Betriebsstörung der Munitionsfabrik ausgeschlossen. Die Verletzten wurden sofort in das Wiener Neustädter Spital geschafft.

Rotterdam, 18. Sept. (W.T.B.) Der Maasbode meldet: Der norwegische Dampfer „Dageid" ist nach einem Zusammenstoß gesunken.

Madrid, 20. Sept. (W.T.B.) Reuter meldet: Heute nachmittag entdeckte man, daß zwei goldene Abendmahlkelche von großem historischem und künstlerischem Wert aus dem Prado-Museum gestohlen waren. Das Museum wurde sofort geschlossen und Besucher und Angestellte gerichtlich verhört. Bis jetzt weiß man nichts über den Täter; es konnten indes Photographien von Fingerabdrücken gemacht werden.

Entschließung der Gewerkschaften Hirsch-Dunker.

Berlin, 19. Sept. (W.T.B.) Gestern begingen die deutschen gewerkschaftlichen Vereine Hirsch-Dunker die Feier ihres 50jährigen Bestehens durch Veranstaltung von drei Versammlungen im Norden, Nordosten und Süden Berlins. In allen Versammlungen gelangte eine einheitliche Entschließung zur Annahme, nach der sie auch in Zukunft für den Ausbau des gewerkschaftlichen Einigungswesens mit einem Reichseinigungsamt an der Spitze, für die Schaffung eines der Neuzeit entsprechenden Arbeiterrechtes, für die Erweiterung des Arbeiterschutzes und für den Ausbau der nationalen Versicherung eintreten.

Ein Mordanschlag gegen den Stadtdirektor von Hannover?

Hannover, 20. Sept. Dem Stadtoberhaupt von Hannover, Stadtdirektor Tramm, wurde, nach der Frankf. Ztg. am Montag nachmittag durch Eilbotensendung eine Höllenmaschine ins Haus gesandt. Die Maschine war als neuerfundene Kellerlampe bezeichnet, als Absender war H. Armening aus Hildesheim bezeichnet. Die Kriminalpolizei ließ die Sendung durch einen Feuerwerker untersuchen, und dieser stellte eine mit einem gefährlichen Blättchenpulver mit Metallteilen gefüllte Höllenmaschine fest. Der Absender konnte noch nicht ermittelt werden.

Ein schweres Eisenbahnunglück.

Genf, 21. Sept. Bei Tonnerre ereignete sich in dem Tunnel von Pacy eine Eisenbahnkatastrophe. Wie der Frankf. Ztg. gemeldet wird, waren am Freitag nachmittag 28 Tote, darunter 4 Soldaten, und 32 Verwundete aus den Trümmern gezogen worden. Die große Eisenbahnlinie von Paris nach Lyon und dem Mittelmeer war bis gestern abend vollständig gesperrt. Gegenwärtig ist der Betrieb eingleisig wieder hergestellt. Die Pariser Zeitungen trafen infolge des Unglücks mit Verspätungen von 24 Stunden ein.

↗ **Friesenheim bei Lahr, 21. Sept.** Durch Feuer wurden hier drei landwirtschaftl. Anwesen der Landwirte Zipf, Bühler und Geiger in Schutt und Asche gelegt. Außer dem Viehbestand konnte nichts gerettet werden.

Volkswirtschaft, Handel u. Verkehr.

Berlin, 21. Sept. (W.T.B.) Börsenstimmungsbild. Die Haltung der Börse war anfangs uneinheitlich. Fortgesetzte Entlastungsverkäufe hatten in einigen Werten der Hütten- und Rüstungsindustrie weitere mäßige Kursrückgänge zur Folge. Hiervon wurden insbesondere Bismarckhütte, Bochumer, Hohenlohe, Laurahütte, Rheinstahlwerke, Felten u. Guilleaume, Daimler betroffen, auch deutsche Kaliwerke stellten sich niedriger. Demgegenüber standen aber auch einige Erhöhungen, so für Mannesmannröhren, Harpener. Im späteren Verlaufe kam bei ruhigem Geschäft eine zuversichtliche Stimmung zum Durchbruch, die einen Teil der anfänglichen Verluste wieder wett machte. Schwach blieben u. a. Rombacher Hütte und Höchster Farbwerke. Hirsch Kupfer-Aktien stellten sich höher. Der Anlagemarkt war ruhig und wenig verändert.

Berlin, 19. Sept. (W.T.B.) In der zweiten Septemberwoche hat die gesamte Anlage der Reichsbank um 493.1 Mill. Mk. auf 17 625.3 Mill. Mk. zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen auf die bankmäßige Deckung 486.3 Mill. Mk., so daß diese sich am Ende der Berichtswoche auf 17 485.6 Mill. Mk. stellte. Ein erheblicher Teil des Gegenwertes der in Anspruch genommenen Kredite ist in Vorbereitung auf die Anforderungen des Vierteljahresschlusses den fremden Geldern zugeführt worden. Diese zeigen eine Vermehrung um 221.3 Mill. Mk. auf 8923.9 Mill. Mk. Der Bedarf an Zahlungsmitteln war namentlich unter der Einwirkung der bevorstehenden umfangreichen Einlösung von Kriegsanleihezinsscheinen wieder groß. Der Notenumlauf vermehrte sich um 239.9 Mill. Mk. und betrug somit am 14. Sept. 14 044.6 Mill. Mk. Daneben beanspruchte der Verkehr in der Berichtswoche an Darlehenskassenscheinen 106.2 Mill. Mk., so daß der umlaufende Betrag auf 8386.8 Mill. Mk. anwuchs. Der Goldbestand zeigt gegenüber der Vorwoche eine Vermehrung um 430 000 Mk. auf 2 348 311 000, der Bestand an Scheidemünzen eine Abnahme um 477 000 Mk. auf 118.2 Mill. Mk. Die Vorräte der Bank an Reichskassenscheinen verminderte sich um 189 000 Mk. auf 13.3 Mill. Mk. Bei den Darlehenskassen wurden 181.3 Mill. Mk. neu ausgeliehen. Die Gesamtsumme der ausstehenden Darlehen erhöhte sich dadurch auf 10 797.1 Mill. Mk. Von den infolge dieser Entwicklung der Reichsbank zugeflossenen Darlehenskassenscheinen wurden, wie erwähnt, 106.2 Mill. Mk. in den Verkehr gesetzt; der Rest wuchs ihren Beständen zu, die sich hierdurch auf 2 290.2 Mill. Mk. erhöhten. In Hinblick auf die bevorstehende Ausgabe der 9. Kriegsanleihe ist es von besonderem Interesse, daß die Darlehenskassen des Reiches nach dem Stande vom 14. Sept. d. J. durch sogenannte Kriegsanleihedarlehen, d. h. Darlehen für die Zwecke der ersten acht Kriegsanleihen, nur noch mit insgesamt 775 Mill. Mk. in Anspruch genommen sind. Diese Summe stellt nur 0.9 Proz. des Gesamtbetrages aller bisherigen Kriegsanleihen in Höhe von rund 83 Mill. Mk. dar. Vor einem Jahre betrug dieses Verhältnis 1.5 Prozent, nach dem Stande vom 15. Sept. 1917 hatten nämlich die Darlehenskassen für die Zwecke der Einzahlungen auf die ersten sechs Kriegsanleihen (69.3 Milliarden) Darlehen in Höhe von 917 Mill. Mk. hergegeben. Die geringste Inanspruchnahme der Darlehenskassen für Kriegsanleihezwecke, insbesondere die eben gezeigte günstige Entwicklung während des letzten Jahres bilden einen glänzenden Beweis für die ungebrochene finanzielle Kraft Deutschlands und für die gute Unterbringung unserer Kriegsanleihen.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 19. Sept.: August, alt 7 Monate 23 Tage, Vater Richard Vogel, Maler. — 20. Sept.: Frida Ibach, alt 52 Jahre, ledig, Dienstmädchen; Elisabeth Sitt, alt 60 Jahre, Witwe von Jakob Sitt, Steinhauer; Karl Frey, Privatmann, Ehemann, alt 73 J. — 21. Sept.: Luise Koch, alt 62 Jahre, Ehefrau von Anton Koch, Bremser; Auguste Sturm, alt 34 Jahre, Ehefrau von Eugen Sturm, Hauptlehrer; Josef, alt 3 Monate 4 Tage, Vater Xaver Glöhl, Baumeister.

Beerdigungszeit u. Trauerhaus erwachsener Verstorbenen.

Montag, den 23. Sept., halb 1 Uhr: Karl Frey, Privatier, Ettlingerstr. 17; 1 Uhr: Auguste Sturm, Ehefrau, Friedenstr. 15; halb 5 Uhr: Luise Koch, Ehefrau, Schützenstraße 63.

Auswärtige Gestorbene.

Mannheim: Eduard Baßler, Kaufmann, † in Antwerpen.

Breitnau: Neuhofbauer Josef Hog, 62 J. ✱ Kupprichhausen: Rosina Diez, geb. Weiland. ✱ Pforzheim: Berthold Braun, Schutzmann 57 J.

Furtwangen: Theodor Eith, Uhrmacher, 79 J. ✱ Unterbaldingen: Leo Hasenfratz, Altbürgermeister. ✱ Bodman: Frau Anna Kunzelmann geb. Vollmar, Hauptlehrers-Witwe, 79 J.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Je 1000 Mk. Kriegsanleihe

gegen vierteljährlich nur 19,50 Mk.

kann jeder mittels unserer Kriegsanleiheversicherung zeichnen.

Die Kriegsanleihe-Versicherung der „Arminia" ist in mehreren deutschen Bundesstaaten von den zuständigen Ministerien als wirksame Förderung der Anleihezeichnung anerkannt und durch besondere Erlasse empfohlen.

Wir nehmen die Zeichnung auf 5%ige Deutsche Kriegsanleihe vor, zahlen den vollen Betrag bei der Reichsbank ein und fertigen dem Versicherungsnehmer eine Police darüber aus. Er erstattet uns den Betrag der Einzahlung in vierteljährlichen Raten.

Es gibt zwei Formen der Tilgung:

a) mit Anzahlung.

Hierbei zahlt man einmalig 150 Mark für je 1000 Mark Kriegsanleihe, und von dem darauffolgenden Quartale an vierteljährlich 19 Mark 50 Pfg.

Versicherungsdauer 10 Jahre.

b) ohne Anzahlung.

Hierbei zahlt man von vornherein nur die Vierteljahresprämien von 19 Mark 50 Pfg. für je 1000 Mark Kriegsanleihe.

Versicherungsdauer 12 Jahre.

Stirbt der Versicherte vor Ablauf der Versicherungsdauer, so sind keine weiteren Raten mehr zu leisten, sondern die „Arminia" zahlt sofort seinen Hinterbliebenen die versicherte Summe in Kriegsanleihe nebst Zinsscheinen aus. — Tritt der Todesfall nicht während der Versicherungsdauer ein, so erhält der Versicherungsnehmer selbst nach Ablauf der Versicherungszeit die versicherten Stücke Kriegsanleihe ausgehändigt.

Aufnahmefähig ohne ärztliche Untersuchung sind alle gesunden Personen (Männer und Frauen) bis zum Lebensalter von 50 Jahren. 50- bis 60jährige können gegen einen geringen einmaligen Zuschlag aufgenommen werden.

Ein Zuschlag oder eine höhere Prämie für die Uebernahme der Kriegsgefahr wird nicht erhoben.

Zeichnungen sind bis zu 10 000 Mark für eine Person zulässig.

Prospekte, Antragsformulare und Auskünfte durch die **Direktion,** unsere **Vertreter** und **Verwaltungsbüros** sowie bei den meisten **Banken** und **Bankgeschäften.**

Deutsche Lebensversicherungs-Bank „Arminia"

Aktiengesellschaft in München. 3480

Verwaltungsbüro in Karlsruhe: Waldstraße 63.

Neuer Post-, Telegraphen- und Fernsprechtarif

(Zum Ausschneiden!) Gültig vom 1. Oktober 1918 ab (Nachdruck verboten.)

Briefe im Orts- u. Nachbarortsverkehr bis 20 g 10 ₰, über 20 bis 250 g 15 ₰, im **Fernverkehr** und nach Oesterreich-Ungarn und Luxemburg bis 20 g 15 ₰, über 20 bis 250 g 25 ₰, nach dem sonstigen Ausland bis 20 g 20 ₰, für je 20 g mehr 15 ₰.

Postkarten im **Ortsverkehr** 7½ ₰, mit Antwort 15 ₰. **Postkarten** im **Fernverkehr** 10 ₰, mit Antwort 20 ₰. Postkarten nach dem Ausland 10 ₰.

Rohrpostbriefe 35 ₰. — **Rohrpostkarten** 30 ₰.

Warenproben (Frankozwang) bis 100 g 10 ₰, 100 bis 250 g 15 ₰, 250 bis 500 g 25 ₰.

Drucksachen (Frankozwang) bis 50 g 5 ₰, 50 bis 100 g 7½ ₰, über 100 bis 250 g 15 ₰, über 250 bis 500 g 25 ₰, über 500 bis 1000 g 35 ₰

Geschäftspapiere (Frankozwang) bis 250 g 15 ₰, über 250 bis 500 g 25 ₰, über 500 bis 1000 g 35 ₰.

Einschreibgebühr für Briefe, Postkarten, Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapiere und Pakete außer dem Porto für die gewöhnliche Sendung 20 ₰. Während des Krieges Einschreibpakete unzulässig. **Rückscheingebühr** 20 ₰ ist vorauszuzahlen.

Eilbestellgeld für Briefsendungen nach Postorten 25 ₰, nach anderen Orten 60 ₰.

Nachnahmen auf Briefsendungen (Briefe, Postkarten usw.) und Paketen außer dem Porto 10 ₰ Vorzeigegebühr. Für Uebersendung des eingezogenen Betrages kommt die Postanweisungsgebühr in Abzug. Meistbetrag der Nachnahme 800 ℳ.

Postanweisungen (Frankozwang) bis 5 ℳ = 15 ₰, über 5 bis 100 ℳ = 25 ₰, über 100 bis 200 ℳ = 40 ₰, über 200 bis 400 ℳ = 50 ₰, über 400 bis 600 ℳ = 60 ₰, über 600 bis 800 ℳ = 70 ₰. **Billiger ist die Zahlkarte!** Siehe unter Achtung!

Wertbriefe und Wertpakete. Die Versicherungsgebühr beträgt bei Briefen und Paketen für je 300 ℳ 5 ₰, mindestens jedoch 10 ₰.

Postaufträge (Frankozwang) 35 ₰, müssen ausgefülltes Auftragsformular und Quittung oder Wechsel enthalten. Zur bloßen Einziehung von Geldbeträgen gegen einfache Quittung eignet sich mehr die Nachnahme.

Soldatensendungen. Briefe bis 60 g und Postkarten nach auswärts bis zum Feldwebel, Wachtmeister oder Obersteuermann einschließlich portofrei, im Ortsbezirk portopflichtig. — Pakete bis 3 kg 20 ₰. — Postanweisungen bis 15 ℳ = 10 ₰. Alle diese Sendungen müssen den Vermerk: „Soldatenbrief. Eigene Angelegenheit des Empfängers" tragen. **Im Kriege genießen die Sendungen an alle Heeresangehörige ohne Unterschied des Grades** und einerlei, ob in der Front, Etappe, besetzten Gebieten oder innerhalb Deutschlands die festgesetzten Portofreiheiten und Ermäßigungen: Briefe bis 60 g und Postkarten portofrei, bis 275 g 10 ₰, bis 550 g 20 ₰. Pakete bis 3 kg nach Deutschland 20 ₰, Pakete ins Feld 30 ₰. Postanweisungen bei Beträgen bis 400 ℳ für jedes Hundert 10 ₰, von 400 bis 600 ℳ 50 ₰, von 600 bis 800 ℳ 60 ₰, Höchstbetrag 800 ℳ. Alle diese Sendungen müssen den Vermerk **„Feldpost"** tragen. Sendungen in gewerblichen Angelegenheiten sind, soweit sie zulässig sind, nach den allgemeinen Taxen freizumachen. Telegramme an Heeresangehörige außerhalb der Reichsgrenzen sind der Prüfungsstelle beim zuständigen stellv. Gen.-Komm. zur Beförderung einzusenden. Gebühren 50 ₰ für die Adresse und 5 ₰ für jedes Wort (Höchstzahl 20) des Inhalts. Die Gebühren in Freimarken beizufügen! Näheres an den Postschaltern erfragen.

Telegrammgebühren. Im **Ortsverkehr:** Grundgebühr 30 ₰, dazu für jedes Wort 3 ₰, mindestens zusammen 45 ₰. Im **Fernverkehr:** Grundgebühr 50 ₰, dazu für jedes Wort 3 ₰, mindestens zusammen 65 ₰. Hierbei werden in beiden Fällen im Gesamtbetrag die Endziffern 6 und 7 wie 5, und 8 und 9 wie 10 gezählt. Für Telegramme mit vorausbezahlter Antwort werden mindestens 80 ₰ erhoben.

Im **Fernsprechverkehr** tritt zu der Gesprächsgebühr von 20, 25, 50 usw. ₰ eine Reichsabgabe von 20 v. H. Ortsgespräche kosten 10 ₰. — Die Gebühren für Einrichtung von Fernsprechanschlüssen (Pauschgebühr, Grundgebühr und Ortsgesprächsgebühr bei Anschlüssen gegen Grundgebühr) sind beim Telegraphenamt bezw. den Verkehrsanstalten zu erfragen.

Paketsendungen (Meistgewicht 50 kg).

	1. Zone	2. Zone	3. Zone	4. Zone	5. Zone	6. Zone
	₰	₰	₰	₰	₰	₰
bis 5 kg	40	75	75	75	75	75
6 „	60	110	120	130	140	150
7 „	65	120	140	160	180	200
8 „	70	130	160	190	220	250
9 „	75	140	180	220	260	300
10 „	80	150	200	250	300	350
11 „	85	160	220	280	340	400
12 „	90	170	240	310	380	450
13 „	95	180	260	340	420	500
14 „	100	190	280	370	460	550
15 „	105	200	300	400	500	600
für jedes weitere kg	5	10	20	30	40	50

Es empfiehlt sich daher, nach entfernten Orten der größeren Billigkeit halber nur 5 kg-Pakete zu senden. — Eilbestellgebühr nach Postorten 40 ₰, nach Orten ohne Postanstalt 90 ₰ bei Vorauszahlung. — Nachnahme und Versicherungsgebühr siehe oben. — Dringende Pakete kosten 1.40 ℳ (dringend und Eilbote) mehr.

Achtung! Wer öfters Geld durch die Post versendet und empfängt, sollte sich im Interesse des bargeldlosen Zahlungsverkehrs unbedingt ein

Postscheckkonto

errichten lassen. Es ist eine vaterländische Pflicht und bietet manche Vorteile: Ausstände gehen pünktlicher ein und Posteinzahlungen sind billiger. Auch wenn der Absender kein Scheckkonto hat, sollte er sich in allen Fällen, wo der Geldempfänger ein Postscheckkonto hat, sich nur der **Zahlkarte** (Frankozwang) bedienen. Die Postgebühr, welche in Freimarken auf die Zahlkarte zu kleben ist, beträgt für Beträge bis 25 ℳ 5 Pfg., über 25 ℳ 10 Pfg.

Neunte Kriegsanleihe.

Wir nehmen Zeichnungen auf die **neue** Kriegsanleihe an. Die bei uns gezeichneten Beträge, die aus Einlageguthaben entnommen werden sollen, werden auf den 30. September abgerechnet, so daß unsere Zeichner bereits vom 1. Oktober ab in den Zinsgenuß von 5% bezw. 4½% kommen.

Die Zeichnungen werden im **3. Stock von Karlfriedrichstraße Nr. 8, Zimmer Nr. 170 — Eingang Zähringerstraße** — entgegengenommen. Die Sparbücher wollen mitgebracht werden, damit die Abrechnung **sofort** erfolgen kann.

Um die Möglichkeit zu bieten, auch Beträge unter 100 M. zur Kriegsanleihe zu zeichnen, geben wir wieder Scheine über 1 M., 2 M., 5 M., 10 M., 20 M. und 50 M. mit der Verpflichtung aus, die eingegangenen Beträge zur Zeichnung von Kriegsanleihe für die Sparkasse zu verwenden. Die Scheine werden vom 1. Oktober 1922 ab mit 1 M. 20 Pf., 2 M. 40 Pf., 6 M., 12 M. 10 Pf., 24 M. 50 Pf. und 60 M. 70 Pf. wieder eingelöst. Der Verkauf findet in den Geschäftsräumen der Sparkasse statt.

Karlsruhe, den 16. September 1918.

3465 **Städtische Sparkasse.**

Kathol. Jugendverein Karlsruhe-Beiertheim.

Todes-Anzeige.

Wir machen die traurige Mitteilung, daß unser liebes, treues Mitglied

Friedrich Biermann,

Ausläufer,

nach schwerer Krankheit im Alter von 16½ Jahren gestorben ist. In dem Verstorbenen verlieren wir einen eifrigen Kameraden, dem wir ein stetes Andenken bewahren wollen und bitten seiner im Gebete zu gedenken. 3532

Die Beerdigung findet statt Montag, den 23. Sept., abends 6 Uhr. Zusammenkunft im Vereinslokal ½6 Uhr.

K.-Beiertheim, 23. Sept.

Der Präses.

Frau oder Mädchen

für leichte Nachtwach gesucht. Zu melden: Sofienstr. Nr. 87, 2. St., Karlsruhe. 3550

Die kath. Kirchensteuer betr.

Diejenigen Steuerpflichtigen, die mit ihren Zahlungen an Kirchensteuer für das laufende Jahr noch im Rückstand sind, werden ersucht, ihre Schuldigkeiten **innerhalb 8 Tagen** zu begleichen, da nach Ablauf dieser Frist die Mahnung erfolgen müßte.

Karlsruhe, den 22. September 1918.

Kath. Kirchensteuerkasse.

Grossherz. Hoftheater.

Montag, den 23. September 1918.

Was Ihr wollt.

Anfang: 7 Uhr. Ende halb 10 Uhr.

Zur Reinhaltung und Heizung eines Büros wird eine

kräftige Frau

gesucht, zu sofortigem Eintritt. 3526

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe

(Städt. Arbeitsamt Karlsruhe)

Jeder kann Kriegsanleihe zeichnen,

auch wenn er nicht über die nötigen Geldmittel verfügt, sobald er eine

Kriegsanleihe-Versicherung

bei der 3529

Deutschen Lebensversicherungsbank

Aktien-Gesellschaft in Berlin

eingeht. Z. B. kann ein 25jähriger jetzt

M. 10 000.– Kriegsanleihe

zeichnen und braucht jährlich nur M. 693.50 oder

monatlich M. 60.10

zu zahlen. Zur Entgegennahme von Anträgen und jeglicher weiteren Auskunft empfiehlt sich:

Subdirektion der Deutschen Lebensversicherungs-Bank,

Karlsruhe i. B., Schloßplatz 7.

Brot- und Mehlversorgung!

Das Kriegsernährungsamt hat eine Erhöhung der Brotmenge durch Streckungsmittel angeordnet. Wir geben die erhöhte Brotmenge mit Beginn der neuen Versorgungsperiode, das ist vom **23. Sept. 1918** ab. Demgemäß werden die Sondermarken **Nr. 95 A** und **96 A** mit 200 Gramm Brot eingelöst. Auf die Haushaltmehlmarken werden, wie bisher, 250 Gramm Mehl (Roggenmehl) oder 340 Gramm Brot abgegeben. 3525

Karlsruhe, den 21. Sept. 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Danksagung.

Herr Paul Schröder in Stuttgart hat uns aus alter Anhänglichkeit an seine Vaterstadt Karlsruhe den Betrag von **zehntausend Mark** zugewendet. Für diese willkommene reiche Spende sprechen wir den herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 21. September 1918. 3528

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Bad. Heimatdank.

Zur Reinigung unserer Büroräumlichkeiten suchen wir für sofort solide, zuverlässige, an

Ordnung gewöhnte Frau.

Angebote erbeten an

Buchdruckerei Badenia, Karlsruhe

Adlerstraße 42.

Carl Schöpf

Karlsruhe

Marktplatz

Für Herbst und Winter 1918.

Reichhaltige Sortimente

in

Damen- u. Kinder-Bekleidung

Kleiderstoffen, Seidenstoffen

schwarz, weiss und farbig. 3529

Pelze.